

Zu den Assoziationsverträgen der EG mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei	701
Der private Verbrauch im dritten Quartal 1991	705
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 50/91

Berlin

12. Dezember 1991

A. Ex.

58. Jahrgang

Zu den Assoziationsverträgen der EG mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei

Am 16.12.1991 werden in Brüssel die Ende November paraphierten Assoziationsverträge der EG mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei unterzeichnet. Sie sollen die europäische Zusammenarbeit erleichtern und den Weg für einen späteren EG-Beitritt dieser drei Länder ebnen. Diese ersten im Rahmen des neuen Konzeptes von „Europäischen Abkommen“ ausgehandelten Verträge gehen über die bisherigen Handels- und Kooperationsabkommen weit hinaus, die die EG seit 1988 nacheinander mit allen osteuropäischen Ländern¹ geschlossen hat und schließen auch neue Bereiche — vor allem die politische, finanzielle und kulturelle Zusammenarbeit — ein². Auf politischem Gebiet liegt denn auch das Hauptinteresse der EG, die — ähnlich wie nach Beendigung der Diktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal — versucht, die jungen Demokratien durch Anbindung an den Gemeinsamen Markt zu stützen.

Die jetzt paraphierten Verträge bleiben insofern hinter den Erwartungen in den zu assoziierenden Ländern zurück, als zwar deren Wunsch nach Vollmitgliedschaft in der Präambel registriert, aber jede Automatik in bezug auf Fristen oder Schritte vermieden wird³. Ein neues wichtiges Element in den Verträgen bildet die Einrichtung eines ständigen politischen Dialogs im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit. Außerdem wurde technische Hilfe der Gemeinschaft zur Angleichung von Rechtsvorschriften in den Assoziationsländern an Gemeinschaftsrecht vereinbart. Diese Angleichung gilt als wichtige Voraussetzung für eine künftige Mitgliedschaft⁴.

Auf Enttäuschung stießen in den drei Ländern die Vereinbarungen über finanzielle Hilfe. Die EG verpflichtet sich zwar, auch über das Ende 1992 auslaufende PHARE-Programm hinaus Unterstützung zu leisten, diese drei Länder auch weiterhin in das Kreditprogramm der Europäischen Investitionsbank einzubeziehen und im Falle ernsthafter Störungen z.B. Zahlungsbilanzhilfen zu prüfen, aber sie hat dafür — anders als in den Lomé-Verträgen oder in den

¹ Zuletzt im Frühjahr 1991 mit Rumänien.

² Da dies über die Kompetenz der EG hinausgehende Gebiete berührt, müssen die Verträge auch von den Parlamenten aller EG-Mitgliedsländer ratifiziert werden. Weil diese Prozedur längere Zeit in Anspruch nehmen wird, ist für den in die Kompetenz der EG fallenden Handelsteil eine vorzeitige Inkraftsetzung zum 1.3.1992 vorgesehen.

³ Nach den Erfahrungen mit dem Assoziationsabkommen mit der Türkei, die nach Ablauf der vertraglich fixierten Frist von maximal 22 Jahren auf Einführung der vereinbarten Freizügigkeit in der EG drängte, ist die EG in dieser Hinsicht sehr vorsichtig geworden. Andererseits hofft die EG, daß die illegale Zuwanderung aus Osteuropa durch die Eröffnung von Zukunftsperspektiven einzudämmen ist. In den Verträgen wird nur für die in EG-Ländern bereits legal beschäftigten Arbeitnehmer aus den drei Ländern Inländerbehandlung zugesagt.

⁴ Aufgrund der besonderen rechtlichen Konstruktion der EG müssen die Mitgliedsländer in der Lage sein, auf EG-Ebene beschlossene Verordnungen anzuwenden und Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. In zwei wichtigen Bereichen, dem gemeinsamen Wettbewerbsrecht und dem Beihilfenrecht, sehen die Assoziationsverträge bereits die unmittelbare Übernahme von EG-Vorschriften vor.

Abkommen mit Mittelmeerländern — keine Beträge festgesetzt, d.h. zumindest die Höhe der Hilfe steht jedes Jahr neu zur Disposition, so daß die Partnerländer nicht langfristig damit planen können.

Ziel: Offene Märkte für Industriewaren

Kernstück der drei Verträge ist die stufenweise Einführung des freien Warenverkehrs⁵, d.h. die Errichtung einer Freihandelszone innerhalb von zehn Jahren. Hier hat die EG größere und schnellere Schritte zu machen, den Assoziationsländern werden kleinere Schritte und längere Fristen (maximal 10 Jahre) für die Liberalisierung zugestanden. Im Bereich von Industriegüterimporten — mit Ausnahme von Textilien, Stahl und Kohle — verpflichtet sich die EG zur sofortigen Aufhebung noch bestehender Mengenbeschränkungen und zum stufenweisen Abbau aller Zölle innerhalb von fünf Jahren. Bei Textilien und Stahl werden die Mengenbeschränkungen zunächst beibehalten, die Quoten aber sukzessive aufgestockt und die Zölle reduziert. Spätestens in sechs Jahren soll auch dieser Bereich in der EG liberalisiert sein⁶.

Der Liberalisierungsfahrplan räumt den drei Partnerländern also nur vier bis fünf Jahre mehr Zeit ein, ehe sie ihre Märkte den Anbietern aus den EG-Ländern völlig öffnen müssen. Diese Asymmetrie der Liberalisierungsschritte erscheint angesichts des schwierigen Weges, den die drei Länder vor sich haben, um ihre Volkswirtschaften marktwirtschaftlichen Regeln anzupassen und den Anschluß an das westliche Technologieniveau zu finden, nicht sehr groß. Dies gilt um so mehr, als es den hochindustrialisierten westlichen Ländern so wenig gelungen ist, ihre Industriestrukturen den veränderten Wettbewerbsverhältnissen auf dem Textil- und Bekleidungssektor anzupassen, daß sie auch nach 30 Jahren⁷ noch glauben, auf Einfuhrbeschränkungen angewiesen zu sein. Hier hätte die Asymmetrie der Liberalisierung dadurch verbessert werden können, daß die EG ihre Quoten für die Einfuhren aus den drei Ländern sofort abschafft.

Bei der Diskussion um die Anhebung der Einfuhrmengen bei Textilien gerieten die Assoziationsverhandlungen ins Stocken. Ihr Fortgang wurde dadurch erzielt, daß den hauptsächlich betroffenen EG-Ländern, Griechenland und Portugal, zusätzliche Hilfe zur Strukturanpassung zugesagt wurde. Frankreich wiederum sperrte sich gegen eine Erhöhung der Rind- und Schafffleischlieferungen aus Polen. Als Kompromiß wurde hier die Finanzierung von zusätzlichen Fleischlieferungen dieser Länder in die UdSSR durch die EG vereinbart und außerdem eine besondere Schutzklausel installiert. Sie kann bereits vor Ausschöpfung der ausgehandelten Quote in Anspruch genommen werden, wenn besonders ernsthafte Störungen auf dem EG-Markt auftreten⁸. Insgesamt machte die EG bei landwirtschaftlichen Produkten nur geringe Konzessionen, die, stärker als bei den Industrieprodukten, mit reziproken Zugeständnissen verknüpft sind.

Handel der EG mit Osteuropa

Dieser Warenaustausch der EG ist durch eine starke Asymmetrie gekennzeichnet. Bisher haben die drei Länder ein geringes Gewicht im Handel der EG. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei sind zusammen nur mit 2,5 vH am Handel der EG mit Drittländern beteiligt. Auf der anderen Seite ist die EG aber ein wichtiger Handelspartner für diese Länder. Die drei Assoziationsländer wickelten 1990 gut ein Drittel ihres Außenhandels mit der EG ab. Nach dem Zusammenbruch des Handels im Gebiet des ehemaligen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und im besonderen mit der UdSSR ist dieser Anteil noch gestiegen.

Osteuropa im Handel der EG
1990

	Importe		Exporte	
	Mrd. ECU	vH	Mrd. ECU	vH
Extra-EG	462,7	100,0	419,8	100,0
UdSSR	16,7	3,6	13,6	3,2
Polen	5,3	1,1	4,9	1,2
Ungarn	3,0	0,6	3,2	0,8
CSFR	2,8	0,6	2,9	0,7
Rumänien	1,6	0,3	1,4	0,3
Bulgarien	0,6	0,1	1,0	0,2
Polen, Ungarn und CSFR	11,1	2,4	11,0	2,6
EFTA	108,6	23,5	111,4	26,5

Quelle: Eurostat, Außenhandel, Monatliche Statistiken 5/1991.

⁵ Bei den drei anderen sog. Freiheiten des europäischen Binnenmarktes, d.h. der Freizügigkeit von Personen und dem freien Austausch von Dienstleistungen und Kapital, gibt es — mit Ausnahme des weitgehend liberalisierten Niederlassungsrechts von Selbständigen in der EG — weniger konkrete Vorschriften bzw. längere Übergangsfristen.

⁶ Bei Stahl beträgt die Frist 5 Jahre, bei Kohle 4 Jahre.

⁷ Seit 1961 wurden im Rahmen des GATT diverse Textilabkommen abgeschlossen und die Einfuhren in den Industrieländern mengenmäßig beschränkt. In der noch laufenden Uruguay-Runde wird über eine Liberalisierung in einem Zeitraum von sechs bis zwanzig Jahren verhandelt!

⁸ Auch generell ermöglicht eine Schutzklausel die Reduzierungen von Importen bei auftretenden Störungen. Außerdem wird den osteuropäischen Ländern gestattet, zum Schutz neuer Industrien vorübergehend Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

**EG im Handel Osteuropas
1990**

	Exporte		Importe	
	Insgesamt Mrd. \$	Ant. EG vH	Insgesamt Mrd. \$	Ant. EG vH
UdSSR	49,6	39,4	64,9	32,5
Polen	14,5	35,7	10,9	45,0
Ungarn	9,5	32,4	8,6	30,9
CSFR	11,6	32,0	13,7	31,1
Rumänien	6,0	31,4	9,4	19,6
Bulgarien	2,4	30,1	4,1	39,4
Polen, Ungarn und CSFR	35,7	33,6	33,2	35,6
EFTA	224,7	57,8	228,9	60,6

Quelle: IMF, Direction of Trade Statistics, Yearbook 1991.

Im Vergleich dazu sind die Handelsbeziehungen der EG zu den sechs EFTA-Ländern⁹ viel ausgeprägter. Insgesamt ist das Handelsvolumen etwa zehnmal so groß, bezogen auf die Bevölkerung — 33 Millionen Menschen in den EFTA-Ländern und 65 Millionen in den drei mittel- und osteuropäischen Ländern — erhöht sich dieses Verhältnis sogar auf rund 20:1. Nun hängt die Intensität von Handelsbeziehungen zwar in hohem Maße auch vom Niveau des Volkseinkommens ab; es liegt in den EFTA-Ländern über dem EG-Durchschnitt. Andererseits zeugt die mit rund 60 vH sehr hohe Beteiligung der EG am Außenhandel der EFTA-Länder aber auch von der starken Abhängigkeit der kleineren Randländer von ihrem großen Nachbarn¹⁰. Gemessen an der Verflechtung der EG mit den EFTA-Ländern besteht also ein großer Nachholbedarf im Handelsaustausch mit den osteuropäischen Nachbarn. Insofern kann der Handel mit den EFTA-Ländern als Indikator für das Potential dienen, das erreichbar ist, wenn das Wohlstandsge-

**Anteil Deutschlands¹⁾ am Handel
der EG mit Osteuropa 1990
in vH**

	Importe	Exporte
Extra-EG	26,7	34,9
UdSSR	29,5	55,0
Polen	49,8	57,4
Ungarn	54,8	61,7
CSFR	50,3	62,9
Rumänien	33,5	51,7
Bulgarien	32,7	50,2
Polen, Ungarn und CSFR	51,3	60,0
EFTA	33,6	46,1

¹⁾ Vom 3.10.1990 an inklusive der neuen Bundesländer.
Quelle: Eurostat, Außenhandel, Monatliche Statistiken 5/1991.

fälle zwischen West- und Osteuropa vermindert wird — z.B. durch verstärkte Arbeitsteilung zwischen den Volkswirtschaften, die sich in den westlichen Ländern als starker Motor für Produktivitätsfortschritte erwiesen hat.

Der wichtigste Partner in der EG für die drei osteuropäischen Länder ist die Bundesrepublik Deutschland¹¹. Auf sie allein entfallen gut die Hälfte der EG-Importe aus diesen Ländern und 60 vH der Exporte dorthin, d.h. die Bundesrepublik hat hier ein wesentlich größeres Gewicht als im gesamten EG-Handel mit Drittländern. Eine Erklärung liegt in der geographischen Nähe, die neben der Wirtschaftskraft ein wesentlicher Faktor für die Intensität des Handels zwischen Ländern ist. In diesem Sinne besteht auch Bedarf an einer Intensivierung der Handelsverflechtung zwischen den drei osteuropäischen Ländern¹² wie an verstärkter Kooperation mit den EFTA-Ländern.

Eine weitere Asymmetrie zeigt sich bei den sogenannten sensiblen Warenbereichen, für die die EG in den nächsten Jahren weiterhin mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen bzw. Zölle behalten wird: Für die drei Assoziationsländer machen Agrarprodukte, Textilien, Eisen und Stahl sowie Kohle fast die Hälfte ihrer Lieferungen in die EG aus, während der Anteil dieser Länder an den EG-Einfuhren dieser Waren etwa 2 vH beträgt. In diesen sensiblen Warenbereichen (ausgenommen Kohle) liefern die EFTA-Länder eben-

**Warenstruktur der EG-Importe 1990
in vH**

	Agrar- produkte	Texti- lien	Eisen u. Stahl	Kohle
Extra-EG	9	7	3	1
Osteuropa ¹⁾	9	7	6	0
Polen	21	11	9	8
Ungarn	24	15	8	0
CSFR	7	11	16	3
EFTA	3	4	5	0

¹⁾ UdSSR, Polen, Ungarn, CSFR, Rumänien, Bulgarien.

Quelle: Eurostat, Außenhandel — Analytische Tabellen.

⁹ Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Schweden und Schweiz.

¹⁰ So wickeln die EFTA-Länder, anders als die EG-Länder, auch nur einen geringen Teil (13 vH) ihres Außenhandels untereinander ab. Vgl. Europäischer Wirtschaftsraum — Ansatz für eine gesamteuropäische Integration. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/1991, S. 671.

¹¹ Hier vom 3.10.1990 an einschließlich der neuen Bundesländer.

¹² Die EG hat dem im gewissen Sinne Rechnung getragen, als sie in den Ursprungsregeln die kumulierte Bearbeitung in einem der drei Länder (ebenso wie in EG-Ländern) bei der Definition des Ursprungslandes zuläßt.

Länderstruktur der EG-Importe 1990

		Gesamt	Agrarprodukte	Rind- u. Schafffleisch	Textilien	Eisen u. Stahl	Kohle
Welt	Mrd. ECU	1 128	128	6	80	51	7
Extra-EG	Anteil, vH	41	45	20	43	25	75
Polen, Ungarn und CSFR	Anteil, vH	1	2	0,5	2	2	7
Griechenland, Portugal und Spanien	Anteil, vH	3	6	2,5	7	4	0
EFTA	Anteil, vH	10	6	2	5	12	0

Quelle: Eurostat, Außenhandel — Analytische Tabellen.

falls ein Vielfaches dessen, was die osteuropäischen Länder in der EG absetzen. Auch die drei jüngsten Beitrittsländer Griechenland, Portugal und Spanien haben ein mindestens doppelt so großes Gewicht wie die drei zu assoziierenden Länder.

Gerade im Agrarbereich hat die EG durch Abschottung ihres Marktes in den vergangenen Jahren den Absatz der kleineren Länder Osteuropas behindert. Angesichts des geringen Anteils der drei Assoziationsländer an den Agrareinfuhren der EG wäre eine größere Marktöffnung wohl zumutbar gewesen. Auch aus diesem Grunde scheint eine Transformation der westlichen Agrarmarktpolitik dringend vonnöten. Langfristig wird die Umweltbelastung durch die äußerst intensive Landwirtschaft in weiten Teilen Westeuropas vielleicht dazu beitragen, Produktionsmengen und Standorte neu zu bestimmen.

Fazit

Auf die Reformbestrebungen in den osteuropäischen Ländern hat die EG zunächst in bemerkenswert rascher und umfassender Weise sowohl mit finanzieller Hilfe als auch durch Marktöffnung (Abschaffung der nationalen mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und Zollabbau im Rahmen ihres Allgemeinen Präferenzsystems) reagiert.

Dieser Elan erlosch indes bald. Angesichts der immensen politischen Bedeutung, der zahlreichen wirtschaftlichen Probleme in den Reformländern und nicht zuletzt in Anbetracht des Zusammenbruchs des UdSSR-Marktes hätte es der EG in den Assoziierungsverhandlungen wohl angestanden, anstelle der Quotenfeilscherei die Anstrengungen dieser Länder stärker zu unterstützen, die — entsprechend den IMF- und Weltbankempfehlungen — ihre Währungen drastisch abgewertet haben¹³, um ihre Exporte zu steigern. Gerade jetzt, solange sich noch keine neuen, zukunftssträchtigeren Industriestrukturen entwickelt haben, sind die osteuropäischen Länder auf die Ausfuhr ihrer traditionellen, wettbewerbsfähigen Produkte angewiesen. Ein stärkerer Wettbewerb in diesen Sektoren könnte auch in der EG den notwendigen Strukturwandel beschleunigen und verhindern, daß diese Erzeugnisse noch weitere 30 Jahre als sensibel gelten.

¹³ Dies kann ihnen auch nicht mehr den Vorwurf des Dumping eintragen, weil die EG inzwischen beschlossen hat, diese Länder nicht mehr als Staatshandelsländer im Sinne des Antidumpinggesetzes zu behandeln. D.h. zur Prüfung eines Antidumpingvorwurfs sind nun die Herstellungskosten, Preise und offiziellen Wechselkurse des Ursprungslandes maßgebend und nicht mehr die Preise vergleichbarer Marktwirtschaften.

Der private Verbrauch im dritten Quartal 1991

Westdeutschland: Schwache Verbrauchskonjunktur nach der Jahresmitte¹

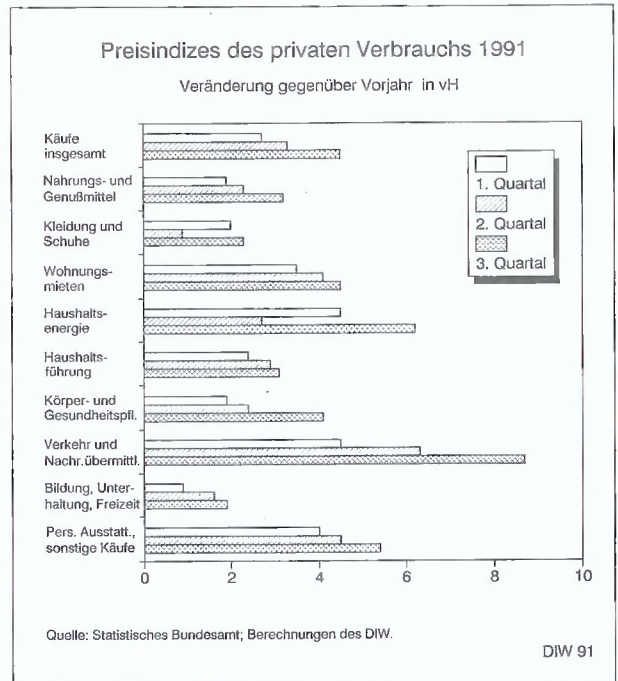
Die konjunkturelle Entwicklung des privaten Verbrauchs in Westdeutschland hat in den Sommermonaten deutlich an Schwung verloren. Dies äußert sich weniger in der nominalen Nachfrage, die mit einer Rate von knapp 1½ vH etwas schwächer als im Vorquartal stieg, als vielmehr in der realen Entwicklung, bei der ein Minus von 0,3 vH zu Buche steht. Durch diesen Rückgang — dem ersten seit Anfang 1989 — verkürzte sich der Abstand zum Vorjahresniveau von 3½ vH im zweiten Quartal auf nunmehr 1½ vH.

Im wesentlichen spielten zwei Faktoren eine Rolle:

- Einmal stiegen die verfügbaren Einkommen vor allem wegen der Einführung des Solidaritätszuschlags nur noch halb so rasch wie zuvor², wodurch der Spielraum für Konsumausgaben eingeengt wurde.
- Zum anderen bewirkten gleichzeitige kräftige Preissteigerungen (1,7 vH gegenüber dem zweiten Quartal), daß der Ausgabenanstieg mehr als aufgezehrt wurde. Hier machten sich vor allem die zur Jahresmitte in Kraft getretenen Anhebungen administrierter Preise (Verbrauchssteuern und Gebühren) bemerkbar, denen rund die Hälfte der Verteuerung im dritten Jahresviertel zuzurechnen ist; einen besonders kräftigen Preissprung gab es bei Kraftstoffen, die im Durchschnitt des Berichtszeitraums um mehr als ein Fünftel teurer waren als im Quartal zuvor. Zusätzlich wurde die Teuerung durch Saisoneinflüsse angeheizt, denn aufgrund der schlechten Obst- und Gemüseernte (Frostschäden im Frühjahr) waren die Preise für saisonabhängige Nahrungsmittel um gut 8 vH höher als im zweiten Jahresviertel.

Abgesehen von diesen Sondereffekten ist die Beschleunigung des Preisauftriebs auf breiterer Ebene sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß die lange Zeit kräftige Nachfrage eine Weitergabe von Kostensteigerungen an die Verbraucher erleichterte. Eine Differenzierung des privaten Verbrauchs nach den Hauptverwendungszwecken zeigt, daß in allen Bereichen der Preisabstand zum Vorjahr im Berichtszeitraum meist deutlich größer war als im zweiten Quartal (Schaubild). Spürbar teurer als vor Jahresfrist waren einige Dienstleistungen sowohl im öffentlichen Bereich (z.B. Fernspreckgebühren +12 vH, Müllabfuhr +16 vH) als auch von privaten Unternehmen (z.B. Dienstleistungen der Kreditinstitute +18 vH, Miete für Kraftfahrzeuge +10 vH).

Die Nachfrageabschwächung nach der Jahresmitte fiel beim Einzelhandel weit stärker aus als beim privaten Verbrauch insgesamt. Gegenüber dem realen Umsatzniveau vom zweiten Quartal gab es einen Rückgang von mehr als



2 vH; das Vorjahresergebnis wurde nur noch um 1½ vH — nach 10 vH im Quartal zuvor — übertroffen. Über die allgemeine konjunkturelle Abkühlung hinaus dürfte hier ein anderer Faktor eine noch gewichtigere Rolle gespielt haben. In dem Maße, wie der westdeutsche Einzelhandel lange Zeit von der lebhaften Nachfrage der ostdeutschen Konsumenten profitierte — anders als beim privaten Verbrauch sind diese Käufe im Einzelhandelsumsatz enthalten —, ist er natürlich auch — in der umgekehrten Richtung — von der Normalisierung des Kaufverhaltens der Verbraucher in den neuen Bundesländern betroffen. Wegen der dort verbesserten Einkaufsmöglichkeiten und der Anpassung der Warensortimente an den tatsächlichen Bedarf verliert der „Einkaufstourismus“ in Westdeutschland mehr und mehr an Bedeutung. Daß die ungünstigere Entwicklung am aktuellen Rand lediglich als erster Schritt auf diesem Weg anzusehen ist, zeigt der Vergleich der realen Werte mit denen vom dritten Quartal 1989, dem letzten Jahresviertel vor der Grenzöffnung. Hier ist der Abstand beim Einzelhandelsumsatz mit knapp 14 vH weit größer als beim privaten Verbrauch (+6½ vH).

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — vierteljährliche saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen.

² Vgl. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im dritten Quartal 1991. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 46/1991, S. 641 ff.

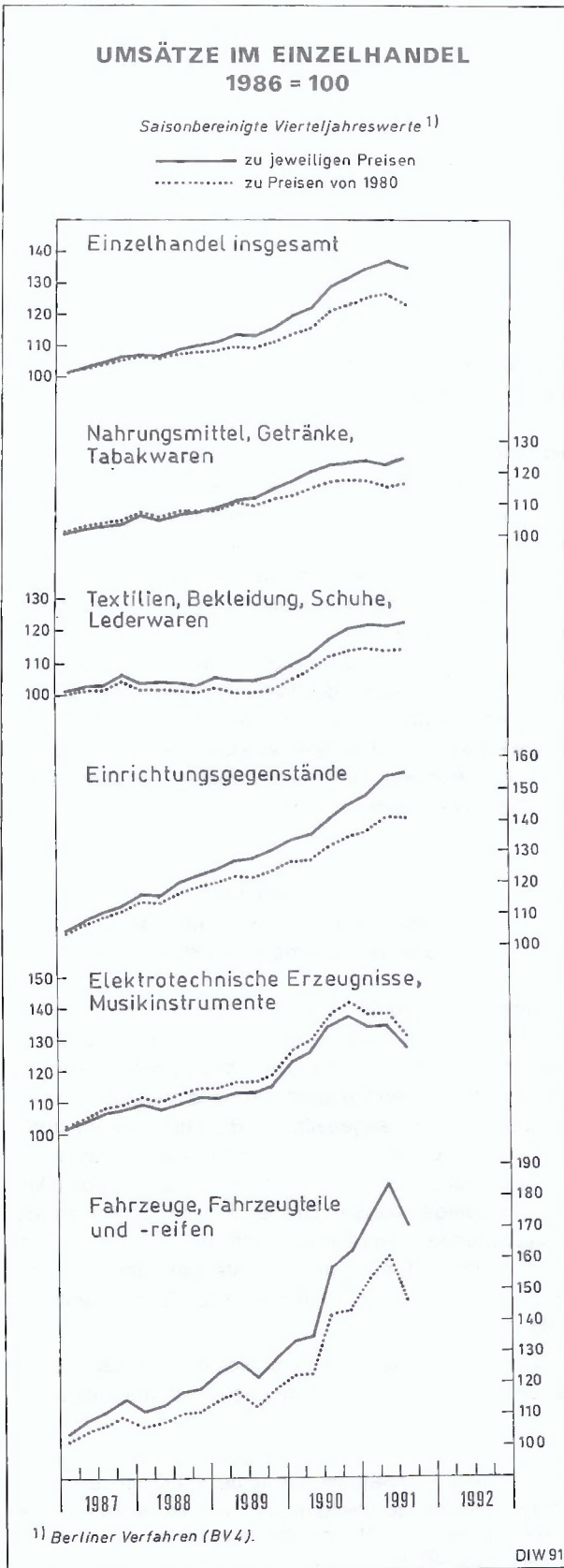
Der private Verbrauch in Westdeutschland

Verwendungszwecke	1990	Ursprungswerte					Saisonbereinigte Werte ⁸⁾				
		1990 III	1990 IV	1991 I	1991 II	1991 III ⁷⁾	1990 III	1990 IV	1991 I	1991 II	1991 III ⁷⁾
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	272,75	69,64	73,47	66,06	69,45	71,40	69,1	69,5	70,1	69,9	70,7
Kleidung, Schuhe	102,14	24,35	31,74	24,75	25,29	25,03	26,0	26,5	26,8	26,7	26,7
Wohnungsmieten ²⁾	211,80	53,41	54,22	55,28	56,56	57,52	53,4	54,3	55,3	56,5	57,5
Haushaltsenergie ³⁾	50,76	9,28	14,88	18,56	12,94	8,82	13,0	13,4	14,8	14,2	12,9
Haushaltsführung	116,90	28,17	34,92	28,95	30,39	30,01	29,7	30,4	30,9	31,4	31,6
Gesundheits- und Körperpflege	74,19	18,29	20,31	18,81	19,36	19,52	18,7	19,4	19,1	19,5	19,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	217,40	55,58	57,30	57,94	65,65	62,54	56,3	58,2	59,4	62,9	63,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	130,06	31,63	37,54	32,99	33,10	33,24	33,0	33,7	34,1	34,4	34,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	92,20	23,96	24,55	22,78	24,30	25,76	23,3	23,8	24,1	24,4	25,1
Privater Verbrauch ⁵⁾	1299,23	321,99	351,66	325,82	340,89	340,96	327,7	333,9	336,2	342,2	346,6
Veränderung in vH gegenüber											
	Vorjahr					Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	6,3	8,0	5,9	6,0	3,2	2,5	2,0	0,7	0,9	-0,4	1,2
Kleidung, Schuhe	8,8	12,1	9,3	10,1	7,3	2,8	3,4	1,9	1,0	-0,4	0,1
Wohnungsmieten ²⁾	6,6	6,7	6,8	7,0	7,7	7,7	1,8	1,7	1,8	2,2	1,8
Haushaltsenergie ³⁾	6,2	4,2	5,2	19,2	17,3	-5,0	4,8	3,3	10,4	-4,2	-9,4
Haushaltsführung	8,8	10,4	8,9	10,1	10,5	6,5	3,3	2,4	1,7	1,7	0,5
Gesundheits- und Körperpflege	16,3	16,5	17,6	7,8	6,7	6,7	2,4	3,6	-1,5	1,8	2,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11,3	18,7	18,7	15,6	20,7	12,5	9,7	3,5	1,9	5,9	0,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	8,8	10,5	9,4	9,0	8,1	5,1	3,1	2,2	1,2	0,8	0,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	10,4	10,9	10,1	8,6	7,0	7,5	2,1	2,1	1,1	1,6	2,6
Privater Verbrauch ⁵⁾	7,4	8,0	7,8	6,3	6,9	5,9	2,1	1,9	0,7	1,8	1,3
Mrd. DM zu Preisen von 1985											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	259,09	66,21	69,57	61,71	64,50	65,75	65,4	65,6	65,9	65,0	64,9
Kleidung, Schuhe	95,20	22,78	29,32	22,69	23,15	22,85	24,2	24,5	24,7	24,4	24,3
Wohnungsmieten ²⁾	187,28	47,00	47,38	47,83	48,23	48,46	47,0	47,4	47,8	48,2	48,5
Haushaltsenergie ³⁾	58,18	11,24	16,08	20,06	15,17	10,06	14,8	14,8	16,5	16,1	14,0
Haushaltsführung	108,41	26,15	32,13	26,36	27,48	27,01	27,5	27,9	28,2	28,4	28,4
Gesundheits- und Körperpflege	67,29	16,63	18,29	16,79	17,19	17,05	17,0	17,5	17,1	17,3	17,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	205,46	52,55	52,87	53,03	59,14	54,39	53,0	53,8	54,5	56,4	54,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	124,39	30,43	35,92	31,05	31,18	31,37	31,5	32,1	32,4	32,4	32,5
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	80,81	21,00	21,15	19,41	20,56	21,42	20,4	20,5	20,6	20,6	20,8
Privater Verbrauch ⁵⁾	1211,12	299,65	324,62	298,22	308,97	303,75	304,6	307,3	308,5	310,2	309,1
Veränderung in vH gegenüber											
	Vorjahr					Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	3,5	4,9	3,4	4,0	0,8	-0,7	1,5	0,2	0,6	-1,4	-0,1
Kleidung, Schuhe	7,4	10,6	7,5	8,0	4,8	0,3	2,9	1,1	0,7	-1,0	-0,5
Wohnungsmieten ²⁾	3,0	3,1	3,2	3,4	3,4	3,1	0,8	0,8	0,9	0,8	0,6
Haushaltsenergie ³⁾	3,7	-1,8	-1,0	14,1	14,2	-10,5	2,0	0,5	11,0	-2,5	-12,7
Haushaltsführung	6,5	8,0	6,4	7,5	7,3	3,3	2,7	1,5	1,3	0,7	-0,2
Gesundheits- und Körperpflege	14,5	14,8	15,6	5,8	4,2	2,5	2,1	2,9	-2,1	0,8	0,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,2	14,3	12,4	10,6	13,6	3,5	7,7	1,5	1,3	3,5	-2,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	6,9	8,6	7,7	8,1	6,4	3,1	2,8	1,7	1,2	0,0	0,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	7,2	8,0	5,8	4,4	2,4	2,0	1,3	0,5	0,3	0,2	0,8
Privater Verbrauch ⁵⁾	4,7	5,0	4,5	3,5	3,4	1,4	1,2	0,9	0,4	0,5	-0,3
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber											
	Vorjahr					Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,8	3,0	2,4	1,9	2,3	3,2	0,5	0,4	0,4	1,0	1,3
Kleidung, Schuhe	1,6	1,5	1,4	2,0	0,9	2,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,6
Wohnungsmieten ²⁾	3,4	3,6	3,6	3,5	4,1	4,5	0,9	0,9	0,9	1,3	1,2
Haushaltsenergie ³⁾	2,4	6,1	6,3	4,5	2,7	6,2	3,2	1,8	-0,8	-0,5	4,4
Haushaltsführung	2,2	2,2	2,3	2,4	2,9	3,1	0,6	0,6	0,7	1,0	0,8
Gesundheits- und Körperpflege	1,5	1,5	1,7	1,9	2,4	4,1	0,3	0,7	0,5	1,0	1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,9	3,8	5,6	4,5	6,3	8,7	1,9	2,0	0,5	2,2	3,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,8	1,8	1,6	0,9	1,6	1,9	0,3	0,3	0,1	0,8	0,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	2,9	2,6	4,1	4,0	4,5	5,4	0,8	1,5	0,9	1,2	1,6
Privater Verbrauch ⁵⁾	2,6	2,9	3,2	2,7	3,3	4,5	0,9	0,9	0,5	1,2	1,7

1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — 2) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — 3) Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — 4) Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. — 5) Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d.h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland, zu dem auch die Käufe von ostdeutschen privaten Haushalten gerechnet werden. — 6) Auf der Basis 1985 = 100. Preisentwicklung nach VGR. — 7) Vorläufige Berechnung des DIW. — 8) Nach dem Berliner Verfahren (BV4). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Bedarfsbereiche³



Bei den Ausgaben für *Nahrungs- und Genußmittel* gab es nach dem Rückgang im zweiten Jahresviertel nun wieder einen Anstieg um gut 1 vH; bei Preissteigerungen in etwa gleicher Höhe stagnierte die reale Nachfrage. Ähnlich war die Situation bei *Kleidung und Schuhen*; hier resultierte aus der schwachen Nachfrage im Berichtszeitraum ein reales Minus von 0,5 vH. In beiden Bedarfsbereichen werden die seit dem Frühjahr zu beobachtenden Schwächetendenzen nun auch im Vorjahresvergleich sichtbar, bei dem in realer Rechnung nur geringe Niveauveränderungen auszumachen sind.

Seit Jahresbeginn expandieren die Ausgaben für *Wohnungsmieten* deutlich stärker als die Konsumausgaben im Durchschnitt. Die Zunahme um fast 2 vH im dritten Jahresviertel ist zum größeren Teil auf die Preiskomponente (Mietserhöhungen) zurückzuführen. Der Anstieg des Mietpreisindex hat sich in diesem Jahr beschleunigt; der Abstand zum Vorjahr, der im ersten Quartal noch bei 3½ vH lag, hat bis zum Berichtszeitraum um einen vollen Prozentpunkt zugenommen.

Spürbar geringer als im zweiten Jahresviertel waren die Aufwendungen der privaten Haushalte für *Haushaltsenergie* (–9½ vH). Ausschlaggebend dafür war die starke Zurückhaltung bei der realen Nachfrage (–13 vH), die auch durch relativ kräftige Preissteigerungen nur zum Teil kompensiert wurde. Geprägt wurde diese Entwicklung durch den drastischen Rückgang der Heizölkäufe nach der Verbrauchsteuererhöhung zur Jahresmitte (real –26 vH im Vorjahresvergleich). Um dieser Erhöhung zu entgehen, hatten viele Haushalte ihre Ölvorräte vor diesem Termin aufgestockt; dies führte im zweiten Quartal zu einer realen Mehrnachfrage von gut 30 vH gegenüber dem Vorjahr.

Wie beim privaten Verbrauch insgesamt konnte auch bei der Nachfrage nach Gütern der *Haushaltsführung* das hohe Niveau real nicht ganz gehalten werden (–0,2 vH); im Vergleich zum Vorjahr errechnet sich aber noch ein Plus von knapp 3½ vH. Vergleichsweise günstig verlief dabei der Absatz von Möbeln, der — in preisbereinigter Rechnung — ebenso lebhaft wie im Vorquartal war und damit das Ergebnis vom Vorjahr um 7½ vH übertraf. Dagegen war die Nachfrage nach Haushaltsgroßgeräten (Waschmaschinen, Kühlschränke u.a.) von einer deutlich nachlassenden Dynamik gekennzeichnet; real blieb sie um 2 vH unter dem Niveau vom zweiten Jahresviertel. Aber auch hier — wie für etliche andere Bedarfsbereiche — gilt, daß es sich bei dieser Entwicklung nach der weitgehenden Deckung des Nachholbedarfs der Haushalte in den neuen Bundesländern hauptsächlich um einen Anpassungsprozeß an ein „normales“ Nachfrageniveau handelt.

³ Die Ausgaben der privaten Haushalte in den einzelnen Bedarfsbereichen sind nach dem Inlandskonzept ausgewiesen. Dies bedeutet, daß hier — anders als beim privaten Verbrauch insgesamt — auch die Käufe ostdeutscher Verbraucher enthalten sind (siehe auch Fußnote 5 der Tabelle).

Die Ausgaben für Güter der *Körper- und Gesundheitspflege* expandierten erneut kräftig (+2½ vH). Allerdings ist ein wesentlicher Teil dieser Ausweitung auf spürbare Verteuerungen bei einigen Dienstleistungen zurückzuführen; z.B. waren für Dienstleistungen der Krankenhäuser 8 vH und für Friseurleistungen 5½ vH mehr zu bezahlen als im Vorjahr. Gemessen an der allgemeinen Konsumententwicklung ist der verbleibende reale Anstieg von knapp 1 vH aber überdurchschnittlich.

Die unstete Entwicklung der Nachfrage im Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* setzte sich fort. Der kräftigen realen Expansion im zweiten Jahresviertel um 3½ vH folgte nun ein fast ebenso großer Rückgang (–2,7 vH). Dadurch verkürzte sich der Abstand zum Vorjahresniveau um 10 Prozentpunkte auf 3,5 vH. Maßgeblich dafür war die beträchtliche Abnahme der Pkw-Neuzulassungen, die das — allerdings sehr hohe — Niveau vom Vorquartal um 12½ vH verfehlten. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Auslaufen von steuerlichen Vergünstigungen beim Kauf schadstoffarmer Autos Ende Juli, das im Juli selbst zwar noch einmal zu einem Rekordergebnis bei den Zulassungen führte, in den beiden folgenden Monaten aber ein um so stärkeres Absinken nach sich zog.

Die Preissteigerungen in diesem Nachfragebereich waren weit überdurchschnittlich; mit der Rate von 3½ vH lag der Preisindex um fast 9 vH über dem entsprechenden Wert vom Vorjahr. Auch wenn dies in erster Linie eine Folge der höheren Besteuerung von Kraftstoffen seit dem 1. Juli war, so gab es auch an anderer Stelle in diesem Bereich einige merkliche Verteuerungen, z.B. bei Personenkraftwagen um 5½ vH (Vorjahresvergleich) oder bei Kfz-Reparaturen um 6 vH.

Nach der dynamischen Entwicklung der Ausgaben für *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* im vergangenen Jahr sind in diesem Jahr zusätzliche Impulse weitgehend ausgeblieben. Seit dem Frühjahr verharrt die reale Nachfrage auf dem Niveau vom ersten Jahresviertel. Allerdings setzt sich dieses Ergebnis aus höchst unterschiedlichen Branchenkonzunkturen zusammen. So war im Berichtszeitraum bei Gütern der Unterhaltungselektronik wiederum eine spürbare Kaufzurückhaltung zu beobachten (real –5 vH gegenüber dem zweiten Quartal); dies hat inzwischen zu hohen Lagerbeständen insbesondere bei Fernsehgeräten und Videorecordern geführt. Umgekehrt expandierte die Nachfrage nach Büromaschinen — hier vor allem nach Computern — in unverändert hohem Tempo (+5 vH); die seit mehr als zwei Jahren durchweg schwungvolle Absatzentwicklung in dieser Branche wird auch im Vorjahresvergleich deutlich sichtbar (+27 vH).

Der seit langem recht stabile Nachfrageverlauf im Verwendungszweck *persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen* wurde auch im Berichtsquartal nicht unterbrochen (real +0,8 vH); wegen des in diesem Jahr nur mäßigen Expansionstempos hat sich der Abstand zum Vorjahr auf 2 vH verkürzt. Aus der insgesamt ruhigen Entwick-

lung ragte die hohe Ausgabebereitschaft der Verbraucher für Uhren und Schmuck heraus; hier konnte der Facheinzelhandel den preisbereinigten Umsatz gegenüber dem Vorquartal um 5 vH steigern (Vorjahr + 11 vH).

Ausblick

Der private Verbrauch dürfte im letzten Viertel dieses Jahres wieder etwas stärker expandieren, indes sind größere Impulse wegen des verringerten Anstiegs der Realeinkommen nicht zu erwarten. Für diese Einschätzung spricht auch die jüngste Entwicklung des Konsumklima-Index⁴, der sich im Oktober zwar stabilisierte, eine durchgreifende Verbesserung aber noch nicht erkennen läßt; insbesondere die Bereitschaft zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter war weiterhin rückläufig.

Die bisher für das Jahresendquartal vorliegenden statistischen Indikatoren deuten auf eine moderate Ausweitung der realen Nachfrage hin. So ist der Umsatz des Facheinzelhandels im Oktober in preisbereinigter Rechnung um knapp 3 vH höher gewesen als vor Jahresfrist, und auch der Absatz von Personenkraftwagen war nach dem drastischen Rückgang im August und September wieder lebhafter. Mit dem Beginn des Weihnachtsgeschäftes zeigte sich der Einzelhandel relativ zufrieden. Die Expansion des realen Konsums im Jahr 1991 wird aber die noch im Herbst erwartete Rate von 3 vH⁵ nicht erreichen, sondern allenfalls 2,5 vH betragen.

Ostdeutschland: Anpassung von Einkommens- und Verbrauchsentwicklung

Während ein großer Teil des privaten Verbrauchs in Ostdeutschland über längere Zeit durch einen Abbau der Ersparnisse finanziert worden war, hat sich das Konsumverhalten in den letzten Monaten mehr und mehr der Einkommensentwicklung angepaßt. Im Berichtszeitraum dürfte die Zunahme der Masseneinkommen — gemessen am Niveau vom Vorquartal — erstmals über der des privaten Verbrauchs gelegen haben⁶. Dessen Anstieg gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode belief sich auf gut 17 vH. Eliminiert man die Preissteigerungen seit dem zweiten Halbjahr 1990, verkürzt sich der Zuwachs auf rund 5 vH.

Nach wie vor erschwert die schlechte Datenlage für die neuen Bundesländer eine differenziertere Analyse des pri-

⁴ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

⁵ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1991. In: Wochenberichte des DIW, Nr. 42-43/1991, S. 587 ff.

⁶ Vgl. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im dritten Quartal 1991, a.a.O.

vaten Verbrauchs. Über die Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes nach Branchen gibt es keine aktuellen Daten. Insgesamt aber hat sich das Geschäftsklima des ostdeutschen Einzelhandels in den Sommermonaten aufgehellt. Die laufende Verbesserung des Angebots in den heimischen Geschäften hat sicherlich dazu geführt, daß der Konsumbedarf weniger häufig beim westdeutschen Einzelhandel gedeckt wird.

Bei den Neuzulassungen von Personenkraftwagen — hier liegen Daten bis zum September vor — ist inzwischen, bezogen auf die Zahl der Haushalte, ein Niveau erreicht worden, das dem in Westdeutschland sehr nahekommt: Ihr Anteil an den Neuzulassungen in der Bundesrepublik insgesamt lag im Durchschnitt der Monate Januar bis September mit fast 17½ vH nur wenig unter dem Anteil der privaten Haushalte (knapp 19 vH).

Der Preisindex des privaten Verbrauchs übertraf im dritten Jahresviertel das Niveau vom zweiten Halbjahr 1990 um 10½ vH; er ist damit deutlich schneller gestiegen als in Westdeutschland (+4 vH). Dies ist vor allem zurückzu-

führen auf die starke Verteuerung von Haushaltsenergie und Verkehrsleistungen zu Jahresbeginn. Zuletzt — vom zweiten zum dritten Quartal — dämpfte das ruhige Preisklima in einigen Bedarfsbereichen (z.B. Kleidung und Schuhe, Wohnungsmieten, Haushaltsführung) den Anstieg; er war mit 1,7 vH nicht höher als in den alten Bundesländern.

Die Neufestsetzung der Wohnungsmieten sowie der Umlagen für Heizung und Warmwasser zum 1. Oktober hat zu einem spürbaren Preissprung geführt. Durch die Erhöhung der Mieten um 345 vH (Altbauwohnungen) bzw. 283 vH (Neubauwohnungen) sowie der Umlagen um 470 vH stieg der Preisindex der Lebenshaltung insgesamt binnen Monatsfrist um 10 vH. Diese kräftige Verteuerung wird die realen Konsummöglichkeiten kurzfristig stark eingen, vor allem bei jenen Haushalten, deren Einkommen aufgrund von Arbeitslosigkeit oder anderen Beschäftigungseinschränkungen relativ niedrig ist; dies kann auch durch höhere Wohngeldzahlungen nur zum Teil kompensiert werden.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenzen (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabstottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea.** Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 119 **Berechnung der Kosten und der Ausgaben für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1987.** Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 106 S. 1990. DM 48,—.
- Heft 120 **Künftige Perspektiven des Wohnungsbaus und der Wohnungsbaufinanzierung für das Gebiet der neuen Bundesländer.** Von Bernd Bartholmai und Manfred Melzer. 139 S. 1991. DM 62,—.
- Heft 121 **Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR.** Von Bernd Görzig und Martin Gornig. 104 S. 1991. DM 48,—.
- Heft 122 **Bauwirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR — mögliche Entwicklung der Kostenstruktur im Zuge der Neuordnung nach der Wirtschaftsunion.** Von Bernd Bartholmai, Manfred Melzer und Lutz Uecker. 95 S. 1991. DM 46,—.
- Heft 123 **Zeitreihen des Anlagevermögens in Industriezweigen nach Beschäftigtengrößenklassen.** Von Bernd Görzig. 134 S. 1991. DM 62,—.
- Heft 124 **Die Außenwirtschaftsförderung der wichtigsten Konkurrenzländer Deutschlands — Frankreich, Großbritannien, Japan und USA im Vergleich. —** Von Siegfried Schultz, Joachim Volz und Christian Weise. 198 S. 1991. DM 72,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zu den Assoziationsverträgen der EG mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Bearbeitet von Uta Möbius. —

Der private Verbrauch im dritten Quartal 1991. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandpesen

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾												
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen						Inland		Ausland			
							Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitions-gütergewerbe		Verbrauchs-gütergewerbe							
		in 1000				1985 = 100												
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1989	J	2088		213		111,9		109,2		113,2		112,0		111,4		112,7		
	F	2076	2075	221	220	114,1	114,2	111,1	110,6	116,4	116,6	112,2	112,8	113,4	114,2	115,5	114,4	
	M	2061		227		116,7		111,4		120,2		114,1		117,7		115,0		
	A	2060		232		118,0		111,5		122,1		116,4		117,6		119,0		
	M	2066	2056	238	238	115,3	117,1	110,8	111,6	118,0	120,6	114,1	115,4	113,2	116,4	118,7	118,4	
	J	2041		244		118,1		112,6		121,8		115,8		118,5		117,6		
	J	2014		248		116,8		113,3		118,8		115,8		115,7		118,4		
	A	1993	1995	258	261	115,5	116,5	110,7	111,4	117,7	119,1	116,3	116,3	113,8	115,5	118,1	118,0	
	S	1978		279		117,1		110,2		120,8		116,7		116,9		117,4		
	O	1974		297		116,3		111,9		118,6		116,2		116,9		115,2		
	N	1999	1985	306	303	118,5	119,0	111,4	111,3	122,8	123,8	116,9	116,7	116,7	118,4	121,4	119,9	
	D	1981		306		122,3		110,6		130,0		117,1		121,7		123,2		
1990	J	1978		305		118,3		111,3		120,6		116,9		117,4		117,1		
	F	1952	1941	308	308	118,6	118,4	111,6	111,9	121,8	121,9	120,0	118,4	118,3	117,7	119,0	119,5	
	M	1894		312		119,4		112,7		123,3		118,4		117,5		122,5		
	A	1938		318		117,7		112,4		121,3		115,3		118,1		117,2		
	M	1940	1937	324	322	121,0	119,6	111,0	111,6	126,5	124,1	120,4	118,9	123,7	121,4	116,6	116,8	
	J	1935		324		120,1		111,4		124,4		121,0		122,4		116,5		
	J	1907		325		122,6		113,4		126,9		124,6		125,8		117,4		
	A	1870	1868	319	318	125,2	125,0	114,4	115,4	130,6	129,5	126,3	126,5	131,8	129,6	114,3	117,3	
	S	1826		310		127,1		118,5		131,1		128,7		131,3		120,1		
	O	1787		306		129,3		118,7		134,4		130,9		135,6		119,1		
	N	1733	1744	307	308	125,5	125,9	116,0	116,8	129,3	129,1	129,5	130,9	135,1	134,1	109,7	112,4	
	D	1712		311		122,8		115,8		123,5		132,4		131,6		108,5		
	1991	J	1660		320		128,3		118,4		133,2		129,4		136,5		115,0	
		F	1668	1661	322	325	124,0	125,2	115,3	115,5	127,0	129,1	129,4	129,1	133,0	134,3	109,4	110,4
		M	1656		334		123,2		112,8		127,1		128,5		133,3		106,8	
A		1680		341		120,6		113,6		123,3		124,1		130,0		105,3		
M		1708	1700	346	346	122,5	122,1	113,8	113,3	126,6	125,6	124,2	125,5	130,2	130,4	109,9	108,4	
J		1712		351		123,1		112,5		127,0		128,2		131,0		110,0		
J		1733		347		122,6		116,0		124,0		129,3		127,8		113,9		
A		1731	1727	346	342	122,4	122,3	114,4	114,2	125,6	125,2	126,4	126,8	128,6	128,5	112,5	112,1	
S		1716		333		121,8		112,3		126,0		124,6		129,0		110,0		
O		1706		319		122,8		115,2		126,3		124,4		130,1		110,9		
N		1671		311														
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

WESTDEUTSCHLAND

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe		Ausfuhr			Einfuhr				
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe											
			in 1000		1985 = 100										1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1989	J	7150		110,0		107,0		113,5		123,1		108,7		44,4		39,4	
	F	7160	7160	110,2	110,4	107,6	108,1	113,2	113,6	122,2	122,2	108,8	108,4	44,9	44,3	39,3	38,8
	M	7169		111,1		109,6		114,0		121,3		107,8		43,6		37,6	
	A	7175		113,7		107,7		118,3		114,6		109,9		44,3		38,9	
	M	7183	7186	109,8	112,1	108,2	107,8	112,0	115,8	108,8	113,1	108,1	110,0	43,5	44,6	39,1	39,6
	J	7200		112,8		107,6		117,0		115,9		112,0		46,2		40,7	
	J	7218		113,9		108,8		118,9		113,1		107,2		44,1		39,6	
	A	7234	7233	112,8	113,5	109,2	109,1	116,5	117,8	116,6	115,6	109,8	109,1	44,9	45,2	39,7	40,2
	S	7247		113,7		109,4		118,0		117,0		110,2		46,5		41,4	
	O	7260		114,3		109,4		118,9		118,6		110,0		44,1		41,2	
	N	7279	7280	114,9	115,1	109,4	109,8	120,1	119,9	122,6	121,0	111,4	111,1	45,5	45,0	41,1	41,4
	D	7301		116,1		110,5		120,6		121,9		112,0		45,5		41,7	
1990	J	7337		115,6		109,9		120,9		119,6		114,8		46,5		41,5	
	F	7359	7353	116,5	116,5	110,7	110,8	121,9	121,7	127,4	127,3	113,6	114,3	46,7	46,7	41,8	41,7
	M	7364		117,4		111,7		122,3		134,8		114,5		46,9		41,8	
	A	7371		115,3		110,6		119,2		122,5		115,8		45,6		44,1	
	M	7384	7383	119,1	117,5	109,4	110,5	124,8	122,1	124,3	121,2	118,8	116,5	45,1	44,1	41,9	43,0
	J	7393		118,1		111,4		122,2		116,9		114,9		41,6		43,1	
	J	7420		119,8		110,1		124,9		125,3		122,8		45,2		44,5	
	A	7435	7429	119,0	120,1	110,6	111,4	122,4	124,1	120,3	122,9	122,9	121,6	45,6	45,2	45,7	45,3
	S	7431		121,4		113,6		125,0		123,2		119,0		44,7		45,7	
	O	7469		122,3		111,9		126,0		127,4		124,3		46,7		45,9	
	N	7482	7482	122,3	122,6	113,0	112,7	125,8	126,6	126,2	125,5	123,6	122,7	46,4	45,6	50,9	48,5
	D	7495		123,3		113,2		128,1		122,8		120,2		44,4		48,9	
1991	J	7524		123,2		113,6		126,9		124,0		127,6		46,0		51,9	
	F	7532	7531	123,0	123,0	111,4	112,9	127,2	126,8	103,2	118,7	125,1	126,0	45,4	45,6	49,8	50,8
	M	7538		122,9		113,8		126,2		128,8		125,3		45,5		50,7	
	A	7544		123,2		112,0		127,2		133,4		128,6		43,8		49,8	
	M	7533	7532	123,0	124,1	113,2	113,5	126,4	128,2	124,3	127,5	125,8	127,1	46,3	44,4	53,4	51,0
	J	7519		126,2		115,2		131,0		124,7		126,8		43,0		49,8	
	J	7525		123,9		111,8		128,1		129,8		130,5		46,9		50,8	
	A	7500	7508	120,6	122,3	110,4	111,7	124,7	126,3	121,6	127,2	121,3	123,5	46,8	46,6	49,1	50,1
	S	7499		122,3		112,8		126,2		130,1		118,6		46,1		50,4	
	O			120,9		112,3		124,8		128,0				45,6		48,7	
	N																
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.